

Freitag, 22. Februar 2002, Sitzung des Deutschen Bundestages

Tagesordnungspunkt 16:

Große Anfrage der Abgeordneten Steffen Kampeter, Dr. Norbert Lammert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU: **Bestandsaufnahme und Perspektiven der Rock- und Popmusik in Deutschland**
(Drucksachen 14/4290, 14/6993)

Steffen Kampeter CDU/CSU
Dr. Julian Nida-Rümelin, BK
Dr. Norbert Lammert CDU/CSU
Jürgen Koppelin FDP
Steffen Kampeter CDU/CSU
Jürgen Koppelin FDP
Grietje Bettin BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Heinrich Fink PDS
Michael Roth (Heringen) SPD

Vizepräsidentin Petra Bläss: Ich eröffne die Aussprache. – Ich wollte gerade „den Singewettbewerb“ sagen, aber der findet ja erst heute Abend statt. – Erster Redner für die CDU/CSU-Fraktion ist der Kollege Steffen Kampeter.

Steffen Kampeter (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Deutsche Bundestag beschäftigt sich heute auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit einem Thema, das wir nicht in jeder Sitzungswoche auf der Tagesordnung haben, nämlich mit dem Stand und den Entwicklungsperspektiven der Rock- und Popmusik in Deutschland. Da es in den letzten Tagen einige interessierte Blicke, auch der veröffentlichten Meinung, darauf gegeben hat, wie es zu dieser Anfrage kam, lassen Sie mich erläutern, welche Motive uns getrieben haben, die Situation der Rock- und Popmusik im Deutschen Bundestag zu thematisieren. Die populäre Musik gehört zu den Grundgeräuschen der Gegenwart. ... Diese Musik begleitet den modernen Menschen, vom Erwachen bis zur Müdigkeit, von der Stunde seiner Geburt bis zur letzten Müdigkeit. Sie lässt ihn bei der Arbeit nicht allein, sie gehört zum Krieg und zum Vergnügen, sie begleitet den Schmerz, die Hoffnung und die Liebe. Dieses Zitat des Feuilletonisten Thomas Steinfeld beschreibt sicher auch die Aufnahme der modernen Musik durch die – nicht nur die heute hier anwesenden – Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Wer heute zu einem Konzert der Rolling Stones geht, erlebt, um welch generationenübergreifendes Phänomen es sich handelt. Rock und Popmusik geht über Staats- ebenso wie über Parteigrenzen hinweg, sie ist, obwohl oftmals versucht, schwerlich politisch zu vereinnahmen und sie ist schon längst keine Domäne der politischen Linken mehr, so gerne sie selbst das hätte.

(Jörg Tauss [SPD]: Na, na!)

Sie ist vielmehr ein Beleg dafür, dass die Trennung zwischen Hoch- und Subkultur nicht mehr so eindeutig ist, wie noch vor wenigen Jahren behauptet. Deutschland hat im Bereich der **Unterhaltungsmusik** eine große Tradition. In den 30er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts gingen von Deutschland wichtige Impulse aus. Mit dem

Exodus der kulturellen Eliten war nach dem Zweiten Weltkrieg ein Anknüpfen an diese Unterhaltungsmusiktraditionen schwer möglich. Der Wind der populären Musik weht seither vor allem transatlantisch. Die ehemalige DDR war in der Förderung der populären Musik im Übrigen eine positive Ausnahme. Es ist uns in Deutschland noch nicht gelungen, den Bereich der **Kreativwirtschaft** als einen wesentlichen Standortfaktor im kulturellen wie im wirtschaftlichen Bereich zu sehen. Deswegen ist es ein wesentliches Anliegen unserer Anfrage, auf die berechtigten Forderungen und Wünsche dieses Bereiches der Kreativwirtschaft hinzuweisen und sie im Parlament zu diskutieren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir wollen damit auch die in unseren Augen fragwürdige Praxis beenden, dass sich die Bundesregierung und auch andere prominente Politiker im Rahmen eines oberflächlichen und auf Außenwirkung abzielenden Scheindialogs der Popularität von Musikerinnen und Musikern bedienen. Es fehlt dabei meist die ernsthafte Auseinandersetzung mit den Rahmenbedingungen, die eine nachhaltige und musikalisch erfolgreiche Rock- und Popmusik in Deutschland ermöglichen.

(Dr. Norbert Lammert [CDU/CSU]: So ist es!)

Die Beantwortung unserer Großen Anfrage macht deutlich, dass auch die Einrichtung eines Beauftragten für Kultur und Medien die Exekutive nicht zu einem emphatischen Unterstützer der Rock- und Popmusik gemacht hat.

(Jörg Tausch [SPD]: Na, na!)

Ich füge hinzu: Damit steht sie zweifelsohne in der Tradition manch ihrer Vorgänger. Mit Fleiß, aber sicherlich keinesfalls mit Liebe haben die Beamten das zusammengetragen, was ihnen zusammenzutragen wichtig erschien. Allerdings liefert die Antwort bei allem Unzulänglichen, Unvollständigen und Beschönigenden gleichwohl eine Tagesordnung der Themen und Anliegen, mit denen sich der Deutsche Bundestag im Kulturausschuss, aber auch im Wirtschaftsausschuss in Zukunft stärker auseinander setzen muss. Wir dürfen mit unseren kreativen Eliten nicht so selektiv umgehen wie in der Vergangenheit, indem wir die Filmwirtschaft fördern und die Musikwirtschaft am Rande liegen lassen. Die CDU hat sich als Partei gleichwohl dieser Aufgabe gestellt. Mit der Gründung des **Dialogforums Musikwirtschaft** bietet sie den verschiedenen Interessen im Bereich der deutschen Rock- und Popmusik eine Gesprächsplattform zur Erörterung ihrer Anliegen. Dabei zielen wir nicht auf das einmalige, nach außen gerichtete Event oder Happening, sondern vielmehr auf den fortgesetzten, an Themen orientierten Austausch. Die erfreuliche Resonanz zeigt, dass wir hier einem objektiven Bedürfnis entgegengekommen sind. Wir hoffen, dass andere gesellschaftspolitische Akteure diesem Beispiel folgen. Es schadet keinem, sich mit Themen auseinander zu setzen, die wahrscheinlich – wie ich mir vorstellen kann, wenn ich auf die Tribüne schaue – stärker interessieren als manch anderer Punkt auf der Tagesordnung.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fink [PDS])

Was können wir aus der Anfrage an politischen Forderungen ableiten? Die erste Forderung, die uns leider am wenigsten betrifft, zielt auf die Situation des **Musikunterrichts**. Der Musikunterricht in Deutschland leidet Not. Ich appelliere daher nachdrücklich an die Kultusministerkonferenz, dieses Thema offensiv anzugehen und die Schwächen endlich zu beseitigen, die sie in vielen Stellungnahmen hinreichend beschrieben hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ohne Musiker gibt es keine Musik. Die zweite Forderung, die ich hier aufstellen möchte, ist, dass die **Musikerverbände** und die **Musikinitiativen** aus diesem Bereich von der Politik stärker wahrgenommen werden müssen. Sie stehen oft am Rande. Der Bund hat es in der Hand, die bestehenden Wettbewerbe und Initiativen im Pop- und Rockbereich stärker wahrzunehmen. Ich wünsche uns allen mehr Mut für diese Kontakte. Ich empfinde es als ein ermutigendes Signal, dass der Kulturbeauftragte heute selbst in dieser Debatte sprechen wird. Die mit der Rock- und Popmusik verbundenen **Unternehmen** leisten einen respektablen Beitrag zu unserer Volkswirtschaft. Die Wirtschaftskraft der Tonträgerhersteller, der Veranstaltungswirtschaft und der Unterhaltungselektronik sowie der Musiker, der Texter, der Komponisten, der Techniker, der Musikjournalisten und der Produzenten wird vielfach unterschätzt. Alljährlich stellt sich die Szene auf der Kölner Schau „Popkomm“ nicht nur den Fans, sondern auch den Geschäftspartnern vor. Schon längst hat die Branche den Bereich der Schattenwirtschaft verlassen, der ihr von manchen Zeitgenossen noch heute angelastet wird. Wir haben es mit einer leistungsfähigen, außerordentlich kreativen und überwiegend mittelständisch strukturierten Wirtschaft zu tun. Wäre die Beschäftigung mit der Rock- und Popmusik nicht schon aus kulturpolitischen Gründen unverzichtbar, wirtschaftspolitisch ist sie es gleichwohl. Die Probleme sind ähnlich gelagert wie in anderen Wirtschaftsbereichen. **Konzentration** heißt das Stichwort auch in der Tonträgerindustrie. Wir erleben in diesen Tagen, dass beispielsweise der Branchenführer ein Familienunternehmen aufgekauft hat, das sich insbesondere mit den deutschsprachigen Schlagern und mit der Volksmusik beschäftigt hat. Es wird in Bezug auf Kreativität und Wettbewerb interessant sein zu erfahren, ob ein internationaler Konzern mit genauso viel Liebe für die deutsche Musik diese Sparte weiter pflegt, wie sie von seiner Neuerwerbung in den vergangenen Jahren bewiesen wurde. Auch hier wie in vielen anderen Bereichen mussten die Kartellinstitutionen für die Sicherung von Wettbewerb, Vielfalt und Kreativität sorgen. Es geht uns also nicht um einen Bundesrockminister oder um eine neue Popsubvention. Wie im gesamten Mittelstandsbereich sind es vor allen Dingen die Rahmenbedingungen, die für ein erfolgreiches – das heißt in diesem Bereich: kreatives – Handeln erforderlich sind. Aus Anlass der Beantwortung dieser Großen Anfrage regen wir an, die **Rahmenbedingungen** der Kreativwirtschaft zu überprüfen. Eine erste Erleichterung hat dieses Parlament im steuerlichen Bereich bereits beschlossen. Mit der Reform der so genannten Ausländersteuer sind gerade mittelständische Veranstalter wesentlich entlastet und ist eine politische Fehlentscheidung aus den 90er-Jahren korrigiert worden. Ein weiteres wichtiges Thema sind die **Ausbildungsfragen**. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt, dass mit dem Veranstaltungskaufmann neben dem Veranstaltungstechniker und Medienkaufmann ein weiteres branchenspezifisches Ausbildungsprofil geschaffen worden ist. Im Kern geht es wie auch in vielen anderen

Bereichen um die gezielte Nachwuchsförderung sowohl auf der Seite der Künstler wie auch auf der Seite der Vermarkter. In vielen anderen europäischen Ländern ist die Entwicklung schon sehr viel weiter. Auf Dauer werden wir nicht mit den Westernhagens, den Maffays und den Lindenburgs die nächsten 20 Jahre kreativ überleben. Hier muss in Deutschland ein neuer Wind in die Rock- und Popmusik kommen. Als eine weitere, rasch zu verwirklichende Maßnahme für die kleinen und mittleren Tonträgerunternehmen schlagen wir die Einrichtung eines **Musikexportbüros** vor, das die bisherige außenwirtschaftliche Förderung ergänzt. Der Staat könnte hier die Anschubfinanzierung leisten. Das Büro muss sich auf Dauer finanziell selbst tragen und seine Dienstleistungen zu marktfähigen Konditionen anbieten. Das wäre ein Signal in Zeiten sinkender Inlandsumsätze. Damit würden wir lediglich das nachvollziehen, was viele andere Staaten bereits zur Förderung ihrer heimischen Rock- und Popmusik unternehmen. Hier können wir kurzfristig eine sinnvolle Aktivität entwickeln. Ein weiteres Feld sind die **Urheberfragen**, die durch die Entwicklung der digitalen Techniken in den Fokus von Künstlern, Rechteinhabern und Tonträgerunternehmen gerückt sind. Wie die chaotische und wechselhafte Diskussion beim Urhebervertragsrecht zeigt, hat die derzeitige Regierung für diese Bereiche des Urheberrechts kein umfassendes, konsensbildendes Konzept.

(Dr. Norbert Lammert [CDU/CSU]: Das ist leider wahr!)

Es ist wichtig, dass sich der Staatsminister für Kultur und Medien in diesen Fragen stärker gegenüber der zuständigen Justizministerin durchsetzt. Denn es geht im Kern darum, die Rechte der Kreativen und die Vielfalt der Branche aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Mit dem Urhebervertragsrecht ist aber nur ein Teil des Urheberrechts abgehandelt. Die Europäische Union hat uns weitere Aufgaben gestellt. Deren mögliche Lösungen lassen die Kreativen in diesem Land unruhig werden. Es geht um die Ausgestaltung von digitalen Kopien im Privatbereich. Bei Software und vergleichbar geschützten Inhalten besteht ein strikter Urheberschutz. In der Musik fehlt er. Dies betrifft auch den weit gefassten Bereich der **Internetpiraterie**. Eine Zahl in diesem Zusammenhang: Im vergangenen Jahr sind erstmals mehr unbespielte Tonträger als bespielte CDs verkauft worden. Der „Marktplatz Musik“ droht ohne eine entsprechende verbindliche Regelung zu verarmen und die kreativen Szenen auszutrocknen. Deswegen müssen wir bei der bis zum Ende des nächsten Jahres anstehenden Umsetzung der diesbezüglichen EU-Richtlinie ganz besonders sorgsam auf diesen Bereich achten. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie noch vor der Sommerpause einen Vorschlag in die Diskussion einbringt, wie wir die Vorgaben aus Europa in nationales Recht umsetzen können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Viele der hier angesprochenen Themen sind nicht im klassischen Sinne parteipolitisch zu strukturieren. Es gibt eben keine linke oder rechte Poppolitik. Mehrheiten und Minderheiten ändern sich schneller, als noch vor kurzem vermutet.

(Zuruf von der SPD: Schauen wir mal! Abwarten!)

Deswegen bieten wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ihnen an, den Dialog mit den Kreativen in der Musikbranche, insbesondere mit denjenigen in der Rock- und Popmusik, über alle Fraktionsgrenzen zu suchen und im Rahmen dieses Dialogs dazu beizutragen, dass sich dieser kreative Standortfaktor fortentwickeln kann. Wir als CDU/CSU sind dazu bereit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Petra Bläss: (...) Jetzt erteile ich Staatsminister Julian Nida-Rümelin das Wort.

Dr. Julian Nida-Rümelin, Staatsminister beim Bundeskanzler: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kampeter, wir waren in den vergangenen Monaten nicht immer einer Meinung. Ausweislich dessen, was Sie hier vorgetragen haben, sind heute die Übereinstimmungen groß. Es schadet nicht, dass wir im Bundestag über das Thema Rock und Pop diskutieren, wenn auch bei reduzierter Besetzung im Vergleich zu der vor einigen Minuten.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Aber bei qualifizierter!)

Ich möchte mich auf wenige Bemerkungen beschränken. Meine Behörde hat sehr ausführlich zu der vorliegenden Großen Anfrage Stellung genommen. Sie umfasst fast 40 Seiten, eng bedruckt. Es ergibt keinen Sinn, hier den Versuch zu unternehmen, sie zusammenzufassen. Aber einige zentrale Aussagen sowohl zu dieser Antwort als auch zur Perspektive der Zusammenarbeit von Politik und Pop- und Rockmusikbranche sind angebracht. Zum einen darf man zwei Dinge nicht miteinander verwechseln: die kulturelle Bedeutung einer bestimmten Sparte der Kunst auf der einen Seite und auf der anderen Seite das Ausmaß der Förderung, die der Staat dieser Sparte bzw. Branche angedeihen lässt.

(Beifall bei der SPD – Dr. Norbert Lammert [CDU/CSU]: Wie beim Film!)

– Ja, der Film ist ein Beispiel dafür, aber auch die Literatur. Der Staat hält sich in der Literaturförderung, wenn man einmal von Ausbildungsinstitutionen absieht, sehr zurück. Wir vertrauen auf eine funktionierende Verlagsbranche und sollten die Rahmenbedingungen so setzen, dass sich die Verlagsbranche gedeihlich entwickelt. Wir fördern die literarische Produktion so gut wie gar nicht unmittelbar. Das ist aber selbstverständlich kein Unwerturteil gegenüber der Literatur. Das heißt, wenn wir darüber diskutieren, ob der Staat in einem höheren Maße fördernd tätig werden soll, so müssen wir dies zunächst einmal von der Frage der kulturellen Bedeutung abkoppeln. Deswegen möchte ich dazu doch noch eine Bemerkung machen. Wir haben in Deutschland – auch darin scheinen wir übereinzustimmen – eine Tradition der **Trennung von „E“ und „U“**, von so genannter ernster und so genannter

Unterhaltungskultur, wie sie im internationalen Vergleich vermutlich sogar einmalig ist. Weder unser Nachbar im Westen, Frankreich, noch unsere Nachbarn weiter westlich, Großbritannien, USA, haben diese scharfe Trennung. Es ist ganz wichtig, denke ich, dass wir den Beitrag der Popkultur im weitesten Sinne zur kulturellen Entwicklung, übrigens auch zur Identitätsbildung jüngerer Menschen, sehr ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Jetzt stellt sich die Frage, ob eine spezifische zusätzliche Förderung des Staates, über das hinaus, was es gibt und was in der Antwort auch aufgelistet ist, wünschenswert ist. Ich will nur in Klammern hinzufügen: Wir müssen gegen die Bedrohung, die sich gegenwärtig durch die Möglichkeit, **digitale Kopien** zu erstellen, für die künstlerische Kreativität und ihre wirtschaftliche Verwertbarkeit zeigt, sehr gründlich angehen. Sie haben die wesentlichen Rahmenbedingungen genannt. Die Umsetzung der EU-Richtlinie ist jetzt auf der Tagesordnung. Es gibt im Wesentlichen nur zwei Optionen. Die eine ist, dass diejenigen Kopien, die wir zulassen, zur Stärkung der Urheber beitragen müssen. Die andere ist das, was die Amerikaner „technological device“ nennen, also ein technologisches Verfahren, das die Möglichkeit, digitale Kopien, auch aus dem Internet, zu erstellen – das gilt auch für den Film –, beschränkt. Wir müssen sehr genau prüfen, welche Formen schädlich und welche positiv sind. Die USA haben auch dazu einige Erfahrungen gesammelt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wann kommt denn der Vorschlag?)

Jetzt zur Frage der zusätzlichen **Förderung durch den Staat**. Ich war im November letzten Jahres auf der 3. Popkonferenz in Germering. Mir ist dort aufgefallen, dass die Erwartung an den Staat im weitesten Sinne, Kommunen, Länder und Bund, groß ist, dass aber wirklich überzeugende Konzeptionen dazu, wie das denn aussehen sollte, noch nicht vorliegen. Ich habe dann gefragt, wie viele denn aus der Branche kommen. Wenn ich mich richtig erinnere, hat sich nur ein Einziger gemeldet. Das heißt, die Branche selbst war auf dieser 3. Popkonferenz nur schwach vertreten. Ich habe vor einigen Tagen ein Gespräch geführt, um auszuloten, wie weit die Kooperationsbereitschaft der Branche selbst denn eigentlich geht. Ich kann mir vorstellen – ich sage das hier ganz deutlich –, dass in einer gewissen Analogie zu dem, was wir in der Filmförderung machen, mit Branchenunterstützung Förderungen organisierbar sind.

(Dr. Norbert Lammert [CDU/CSU]: Aha! Das wollen wir festhalten! – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir nehmen Sie beim Wort!)

Ich sage das hier deswegen, weil die Gesprächspartner, mit denen ich geredet habe, erstaunlich offen waren, und zwar auch offen für den Gedanken, dass dies nicht Sache des Steuerzahlers sein kann – jedenfalls nicht primär, weil da ein Brancheninteresse dahinter steht –, dass der Staat aber bereit sein muss, diesem Brancheninteresse, das einem kulturellen Interesse entspricht, das wir fördern müssen, dann auch

nachzukommen. Dazu gehört auch die Frage Exportbüro. Da kann man sich zum Beispiel Förderung von Start-ups, Nachwuchsförderung, Förderung von Clubs, die in dem Bereich agieren, in dem es wirtschaftlich schwierig ist, sich zu halten, und vieles mehr überlegen. Als Einziges kann ich hier versprechen, in den nächsten Monaten einen Diskussionsentwurf zu erarbeiten, in dem einige Vorschläge, die in diese Richtung gehen, enthalten sein werden. Wir werden dann Gelegenheit haben, darüber zu diskutieren. Die konkrete Umsetzung wird in dieser Legislaturperiode nicht mehr möglich sein. Ganz zum Schluss spreche ich noch einen Punkt an – die Redezeit ist noch nicht abgelaufen –, der mir Kopfzerbrechen bereitet und uns allen vielleicht Kopfzerbrechen bereiten sollte. Wir haben in Deutschland einen Horror vor fast jeder Art von Quote, außer vielleicht bei der Gleichstellung der Geschlechter.

Vizepräsidentin Petra Bläss: Herr Staatsminister, der Kollege Lammert hat eine Frage. Lassen Sie die zu?

(Zurufe von der SPD: Nein! – Lassen Sie ihn den Satz doch zu Ende bringen!)

Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU): Ich möchte dem begonnenen Satz und seiner Vollendung nicht im Wege stehen.

Dr. Julian Nida-Rümelin, Staatsminister beim Bundeskanzler: Bitte schön. Ich bringe ihn gleich zu Ende.

Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU): Herr Staatsminister, ich möchte meine Frage gerne mit dem ausdrücklichen Interesse an Ihren Ausführungen und wegen der damit verbundenen grundsätzlichen Ankündigungen stellen. Ich möchte gerne wissen, ob Sie beabsichtigen und sich in der Lage sehen, die von Ihnen dargestellten prinzipiellen Erwägungen und Überlegungen der Bundesregierung noch vor Abschluss dieser Legislaturperiode in einer Weise zu konkretisieren, die beratungsfähig ist? Oder halten Sie das eher für ein Projekt der nächsten Legislaturperiode?

Dr. Julian Nida-Rümelin, Staatsminister beim Bundeskanzler: Die Umsetzung wird sicherlich nicht mehr in dieser Legislaturperiode möglich sein. Aber ähnlich wie beim Filmkonzept, dessen konkrete Umsetzung in seinen wesentlichen Teilen erst 2003 erfolgen kann, denke ich doch, dass wir noch vor der Sommerpause auf der Basis eines Diskussionsentwurfes, den wir in Zusammenarbeit mit Branchenvertretern und Kreativen erarbeiten sollten, darüber im Kulturausschuss das Gespräch führen können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der PDS)

Jetzt bringe ich noch meinen Satz mit der **Quote** zu Ende. Ich gebe offen zu: Ich bin in diesem Punkt überhaupt noch nicht festgelegt. Ich habe etwas provokativ geschrieben, man solle im Bereich der Filmförderung von Frankreich lernen. Wir müssen im Zusammenhang mit dem Film über die Investitionsquote sowieso noch einmal beraten. Das ist ein sehr ernstes Thema. Dazu werde ich einen Vorschlag unterbreiten. Das Interessante ist, dass der französische Markt gegen den globalen Trend gegenwärtig eine Zunahme der Pop- und Rockmusik auf dem nationalen Markt erlebt. Der Zwang zu

kultureller Vielfalt hat dazu geführt, dass in Frankreich ein breiteres kulturelles Interesse an dieser Form der Kunst und der Musik besteht. Wir müssen uns überlegen, ob wir nicht im Sinne dessen, was die Franzosen „diversité“ nennen, einen Beitrag leisten können. Mich hat es – das will ich ganz offen sagen – alarmiert, dass mir Fachleute erzählt haben: Einer der Hauptgründe dafür, dass deutschsprachige Popmusik so unbeliebt ist, sei in dem mangelnden Interesse der Werbebranche zu suchen, weil die Zuhörer durch die deutschen Texte von den Inhalten der Werbebotschaft abgelenkt würden. Das muss uns zu denken geben. Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Nächster Redner ist der Kollege Jürgen Koppelin für die FDP-Fraktion.

Jürgen Koppelin (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe beide Seiten dieser Branche kennen gelernt. Zum einen habe ich viele Jahre lang Musik mitproduziert und war an vielen erfolgreichen Titeln beteiligt. Zum anderen war ich später als Leiter einer Musikredaktion beim Norddeutschen Rundfunk tätig. Insofern bin ich der Bundesregierung für diese Materialsammlung sehr dankbar. Es ist eine ausgesprochen gute Materialsammlung. Wenn die Antwort Schwächen hat – das muss ich leider meinen Kolleginnen und Kollegen von der Union sagen –, dann liegt das an den Fragen, die die Union gestellt hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich sage ganz offen, dass mir einige der Fragen wehtun. Ich finde, die Künstlerinnen und Künstler, die wir unterstützen wollen und die der Kollege Kampeter zu Recht angesprochen hat, haben es nicht verdient, dass in einer Anfrage auf links- oder rechtsextreme Musik eingegangen wird. Das sollte man in einer solchen Anfrage nicht tun.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist übelste Polemik!)

Es gibt eine weitere Schwäche, die mir sehr wichtig ist und die ich daher ansprechen möchte, Kollege Kampeter. Es ist ein Versäumnis der Union bei der Anfrage, dass leider nicht nach den vielen **Künstlerinnen und Künstlern aus Ostdeutschland** gefragt wird.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fink [PDS])

Nach der Wende haben viele Künstlerinnen und Künstler aus der ehemaligen DDR auf einen Umschwung gehofft. Sie wollten endlich frei arbeiten können und hofften auf eine offene Welt. Was mussten sie feststellen? Dass die deutsche Einheit die Künstlerinnen und Künstler aus Ostdeutschland überhaupt nicht auf der Rechnung hatte, weder in den Medien noch bei der GEMA.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der PDS)

Insofern freue ich mich wirklich darüber, dass meine Freunde von Karat oder auch mein Freund Frank Schöbel jetzt wieder im Kommen sind. Wenn man mit diesen Personen auch schon vor der Wende lange zusammengearbeitet hat, dann war es schmerzhaft zu sehen, dass die Künstler aus der ehemaligen DDR mehr als Fußnote der Unterhaltungsbranche angesehen wurden. Manchmal reichte der eine oder andere Künstler als Beigabe für Kaffeefahrten ostdeutscher Rentner zur Animation beim Kauf von Rheumadecken oder Kochtöpfen. Auch wenn es der eine oder andere nicht gern hören mag, sage ich an dieser Stelle: Ich bin dem Mitteldeutschen Rundfunk dankbar, dass diese Künstler zumindest bei diesem Sender eine Chance haben, wie immer man deren musikalischen Stil im Einzelnen bewertet.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU/CSU und der PDS)

Ich habe erhebliche Zweifel, ob unsere Künstler **wirklich rechtliche Rahmenbedingungen** vom Gesetzgeber verlangen, wie es die Union hier fordert; Herr Kollege Kampeter hat dazu das eine und andere angesprochen. Vielmehr braucht kulturelle Betätigung – das trifft jedenfalls auf Rock- und Popmusik zu; darüber sollten wir mehr sprechen – in erster Linie Freiheit und eine Vielzahl von Entfaltungsmöglichkeiten.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Meine Sorge ist, dass rechtliche Rahmenbedingungen sehr schnell zu geistiger Einengung, zu Vorschriften und zum Teil auch zu Geschmacksdiktatur führen. Herr Kollege Kampeter, Ihre Vorschläge habe ich gehört. Als Beispiel nehme ich die **unbespielten CDs**: Das hatten wir doch früher auch. Man hat Musikkassetten gekauft und bespielt. An den Problemen hat sich nichts geändert; an ihnen wird sich auch nichts ändern. Es wird immer Wege geben, Musik irgendwo aufzunehmen, ohne dafür bezahlen zu müssen. Die Frage stellt sich eher an die Industrie, ob die Preise in jedem Falle gerechtfertigt sind, die sie für ihre Produkte verlangt. Und die Frage ist, was beim Künstler übrig bleibt. Das würde mich viel mehr interessieren.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS)

Zu wenig gibt die Antwort auf die Große Anfrage Auskunft darüber, warum es deutsche Rock- und Popmusiker so schwer haben. Eine der Hauptursachen liegt, wie ich glaube, darin, dass deutsche Rundfunk- und Fernsehanstalten – egal, ob es öffentlich-rechtliche oder private sind – zu reinen Abnudelmaschinen für Hitlisten geworden sind.

(Beifall bei der FDP)

Da kommen dann **Nachwuchsmusiker** eindeutig zu kurz. Überlegen Sie einmal, ob Freunde von mir wie Jürgen von der Lippe und Reinhard Mey heute eine Chance hätten, von den Rundfunkanstalten gespielt zu werden. Sie hätten in der augenblicklichen Situation keine Chance und das ist das Schlimme. Nicht nur die Rundfunk- und Fernsehanstalten haben entscheidend dazu beigetragen, dass der

Nachwuchs keine Chance hat. Auch die Musikindustrie selbst ist für diese Entwicklung verantwortlich. In einem Interview mit BBC sagte Elton John in dieser Woche, viele in der Musikindustrie dächten heute nur noch an ihre Quartalseinnahme und in der Musikbranche gebe es keine Langlebigkeit. Das ist auch einer der Gründe und das ist bedauerlich. Hierin liegt das Problem für junge Künstler, wenn sie sich heute an die Musikbranche wenden. Herr Kollege Kampeter hat gesagt, Musik lasse sich politisch nicht vereinnahmen. Damit hat er natürlich Recht. Auf der anderen Seite hat die Musik auch auf Politik Einfluss genommen, lieber Kollege Kampeter.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Kein Widerspruch, Herr Kollege!)

Zum Beispiel denke ich – das war wirklich eine schöne Zeit – an die Neue Deutsche Welle. Ich weiß nicht, ob sich der eine oder andere noch daran erinnert. Da gab es einen unbekanntem Sänger wie Markus, der damals „Ich will Spaß“ sang. Die Grünen haben das übernommen, weil es im Text dann hieß: Und kostet Benzin auch zwei Mark zehn, – Entschuldigung, Frau Präsidentin – schießegal, es wird schon gehn. Die Grünen haben das sofort zum Programm gemacht.

(Dr. Norbert Lammert [CDU/CSU]: Das war deren Parteihymne!)

Dem Bundeskanzler wünsche ich, dass er sich einmal die Platte von Geier Sturzflug auflegt, in der es hieß: „Und jetzt wird wieder in die Hände gespuckt, wir erhöhen das Bruttosozialprodukt“.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Wir „steigern“, nicht „erhöhen“!)

Wenn das Kabinett hier tätig würde, würde es mich freuen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mein Wunsch ist, dass die Medien – vor allem der öffentlich-rechtliche Rundfunk, aber auch die privaten Sender – nicht nur Abnudelstationen für amerikanische und englische Hitparaden sind, sondern dass sie auch unseren Künstlern eine Chance geben. Jetzt werden nämlich nur noch Hitlisten abgespielt, die aus dem Computer kommen. In den Funkhäusern gibt es zum Teil keine Musikredakteure und Musikabteilungen mehr. Das ist schlecht. Lassen Sie mich, weil es Freitagnachmittag ist, noch eine humorvolle Bemerkung machen – ich hoffe, Sie haben dafür Verständnis –: Nach dem 22. September wird in unserem Land die FDP die Musik machen. Ich glaube, vielen Menschen wird es gefallen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Lachen bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Jetzt wird langsam deutlich, wie schade es ist, dass diese Debatte nicht auch durch etwas Gesang angereichert werden kann. Ich erteile dem Kollegen Steffen Kampeter das Wort zu einer Kurzintervention.

Steffen Kampeter (CDU/CSU): Herr Kollege Koppelin, ich bin für Kritik offen. Wenn es aber Missverständnisse gibt, möchte ich sie ausräumen. Erstens. Ich habe hier in keiner Weise – das gilt auch für den Text der Anfrage – die Leistungen der **DDR-Rockmusik** gering geschätzt. Im Gegenteil, in meinem Redebeitrag habe ich – Sie können das im Protokoll nachlesen – die Rock- und Popmusikförderung der ehemaligen DDR ausdrücklich hervorgehoben. Denken Sie nur an Puhdys, Karat und andere Gruppen. Da war man in der DDR vielleicht aus ideologischen Gründen flotter und fixer. Aber die DDR-Musik ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Rock- und Popmusik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Zweitens. Sie haben behauptet, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordere rechtliche Rahmenbedingungen, um die Freiheit einzuschränken. Das ist natürlich absoluter Humbug und beruht wahrscheinlich auf einem Missverständnis. Tatsache ist, dass ich hier den Urheberrechtsschutz angesprochen habe. Dort befinde ich mich mit der Bundesregierung in Übereinstimmung. Ich zitiere jemanden, der ja auch gelegentlich von der Bundesregierung gehört wird, nämlich Klaus Meine von den Scorpions, der sich zu diesem Themenbereich laut einer Agenturmeldung von gestern geäußert und sich beklagt hat, dass die Politiker hierzulande in den vergangenen Jahren zu wenig für Künstler und Musiker getan hätten. Die Altrocker fordern mit deutlichen Worten ein **Gesetz gegen die Brennerei**.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Ja, die Altrocker! Aber nicht die Jungrocker!)

Die Musikindustrie leide unter dem Diebstahl geistigen Eigentums. Im Kern geht es darum, dass wir diesen Diebstahl geistigen Eigentums nicht weiter zulassen wollen. Wir warten auf die Initiative des Herrn Staatsministers und der Bundesjustizministerin. Das hat mit der Einschränkung von Freiheit überhaupt nichts zu tun. Herr Kollege Koppelin, da sind Sie etwas über das Ziel hinausgeschossen.

Vizepräsidentin Petra Bläss: Jetzt hat der Kollege Koppelin die Möglichkeit zu erwidern.

(Roland Claus [PDS]: Eitel wie die Rockstars!)

Jürgen Koppelin (FDP): Kollege Kampeter, sonst schätze ich Sie ja als Mitglied des Haushaltsausschusses. Aber heute habe ich es anscheinend sehr schwer mit Ihnen. Ich habe festgestellt, dass die **ostdeutschen Künstler** in der Anfrage der Union überhaupt keine Berücksichtigung finden. Zeigen Sie mir doch die Frage, in der es um die ostdeutschen Künstler geht. Nach ihnen ist nicht gefragt worden. Dieser Bereich ist für diese Branche unglaublich wichtig. Wenn man Künstler fördern will, dann muss man auch danach fragen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist ja auch unstrittig! Das habe ich ja auch in meiner Rede gesagt!)

– Es geht nicht um Ihre Rede. Ich habe von der Anfrage gesprochen. Ich bitte Sie um Nachsicht und um das Nachlesen meiner Rede. Ich denke, in Ihrer Anfrage, auf die ich mich bezogen habe, hätten die ostdeutschen Künstler besondere Berücksichtigung finden müssen, weil es in der DDR eben ein anderes System gab, nach dem gefördert wurde. Kollege Kampeter, ich sage eines ganz offen: Wir sehen uns ja hin und wieder in einem Gebäude hier in der Nähe. Da war früher eine Schallplattenfirma drin, die ich häufig besucht habe. Auch diese gibt es nicht mehr. All dies sind Probleme, mit denen man sich ruhig einmal beschäftigen sollte.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der PDS)

Dann haben Sie allerdings etwas gesagt, was ich nicht erwähnt habe, dass nämlich die CDU/CSU die Freiheit einschränken wolle. Zwar möchte ich Sie gern so zitieren, aber gesagt habe ich dies nicht. Ich habe nur auf die rechtlichen Rahmenbedingungen hingewiesen, die von der Union gefordert werden. Als Liberaler bin ich hier immer sehr vorsichtig. Ich wiederhole es: Auch früher ist kopiert worden. Damals waren es die Kassetten. Heute kauft man CDs und brennt sie. Das haben junge Menschen immer getan. Ich bekenne mich dazu, dies auch getan zu haben, als es noch nicht viel Taschengeld gab. Das wird es immer geben. Der Gesetzgeber sollte dies nicht so regeln, wie Kollege Kampeter das fordert. Kollege Kampeter, ich habe vielmehr gesagt – das ist mir wichtig –, dass vielleicht auch die Industrie einmal ihre Preispolitik überdenken sollte. Denn diese kassiert in erster Linie ab, nicht die Künstler.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Nach diesem Duett kommt jetzt wieder ein Solo. Das Wort hat die Kollegin Grietje Bettin für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Grietje Bettin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich freue ich mich, heute zu einem Thema reden zu dürfen, das das Lebensgefühl junger Menschen wie kaum ein anderes ausdrücken kann. Durch die Rock- und Popmusik mit ihren vielen unterschiedlichen Genres – sei es Alternative, Hip-hop oder Techno – können heutzutage mehr Jugendliche direkt erreicht oder tangiert werden als beispielsweise durch den Sport – geschweige denn durch die Politik oder Parteien. Nicht zuletzt deswegen hat sich die Unterhaltungsmusikbranche zu einem wichtigen ökonomischen Faktor entwickelt. Erfreulich dabei ist aus unserer Sicht, dass sich gerade auch die deutsche Branche in diesem Markt behaupten kann. Schön ist, dass auch die CDU/CSU endlich erkannt hat, welche Bedeutung die von ihr bislang eher stiefmütterlich behandelte U-Musik für den Wirtschaftsstandort Deutschland hat.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wer hat denn die Anfrage gestellt? Wir oder Sie?)

Anders als vor 20, 30 oder 40 Jahren, wo mancherorts allein das Hören der Doors oder der Rolling Stones schon beinahe ein Straftatbestand war, wird Rock und Pop inzwischen von nahezu allen Altersgruppen und sozialen Schichten akzeptiert. Kaum jemand spricht mehr abfällig von „Negermusik“, wenn er oder sie Rockmusik im Radio oder im Fernsehen hört.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Doch, da gibt es noch welche!)

Die Frage ist jedoch: Welche Rolle kann und soll der Staat gegenüber der Rock- und Popkultur einnehmen? Diese Kultur war und ist in vielen Bereichen immer noch eine Subkultur. Dies muss sie auch bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der PDS)

Sie ist eben nicht nur populistisch und kommerziell ausgelegt, sondern in ihr spiegelt sich auch gesellschaftliche Opposition. Auch deswegen erreicht sie viele Menschen direkter und unverfälscht. Erfolg im Popbusiness ist oft unabhängig von einer messbaren musikalischen Qualität. Daher kann es unseres Erachtens kein Kriterium für förderungswürdige Rock- und Popmusik geben. Niemand hat etwas davon, wenn er oder sie sich einen „Rockmusikmagisterhut“ aufsetzen kann. Einziges Kriterium könnte ein Trend oder der Geschmack des Publikums sein. Dies wäre sicherlich nicht förderungswürdig. Sehr wohl hat der Staat aber die Aufgabe, günstige Rahmenbedingungen für Musiker und Musikerinnen zu schaffen. In diesem Bereich hat die Bundesregierung eine positive Bilanz aufzuweisen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Stichworte hierfür sind KSK, Urheberrecht und die Reform der Besteuerung ausländischer Künstlerinnen und Künstler. All dies sind Punkte, die die Produktionsbedingungen von Rock- und Popmusikern, aber auch von den Veranstaltern in Deutschland verbessert haben. Was wir allerdings nicht brauchen, ist eine **Quote** für deutsche Rock- und Popmusik in Radio und Fernsehen. Diese unselbige, weil auch nationalistische Debatte ist schon 1996, damals unter anderem von dem Musiker Heinz-Rudolf Kunze, ins Spiel gebracht worden. Auch ohne eine Quote liegt der Chartanteil an deutschen Repertoires seit Jahren bei knapp 50 Prozent. Auch ohne eine Quote erfreuen sich Musiksender wie VIVA, die verstärkt auf inländische Musik setzen, zunehmender Beliebtheit bei den Zuschauerinnen und Zuschauern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Auch ohne eine Quote sind deutsche Musikerinnen und Musiker wie Sarah Connor, Echt oder Guano Apes nicht nur national, sondern auch international erfolgreich. Wer eine solche Quote fordert, vergisst zudem, dass Rock und Pop schon immer ein internationales Phänomen gewesen sind und dass auch die deutsche Popmusik zum Beispiel aus der Aneignung und Verwandlung anglo-amerikanischer Stile entstanden ist. Er vergisst auch, dass Musik von Kreativität lebt und Kreativität von Austausch. Dieser Austausch findet international statt und ist nicht national beschränkt. Zudem ist Deutschland seit über zehn Jahren Ausgangspunkt einer Techno- und Diskokultur, unter anderem mit der Love Parade in Berlin, die sich weit über die Grenzen verbreitet und Deutschland zu einem wichtigen Repertoirelieferanten für den Weltmarkt gemacht hat. Auch wenn ich nicht gerade behaupten kann, dass mir diese Musikrichtung besonders am Herzen liegt, so beweist dieses Beispiel doch, wie wenig wir eine solche Quote

benötigen. Ich möchte noch auf einen weiteren Aspekt – meine Vorredner haben es schon angesprochen – eingehen, nämlich auf Musik im **Internet** sowie auf die leidige Frage von **Raubkopien** und MP3. Keinesfalls dürfen wir hier die urheberrechtlichen Fragen aus den Augen verlieren. Dennoch muss es nicht automatisch durch das Internet zu einer Beeinträchtigung der Musikszene kommen.

(Jörg Tauss [SPD]: Richtig!)

Es ist meines Erachtens in erster Linie die Aufgabe der Musikbranche, mit technischen Verfahren so genannte Umgehungsstrategien der Konsumentinnen und Konsumenten abzuwehren. Aktuelle Untersuchungen aus den USA zeigen zudem, dass nicht durch das Internet Umsätze wegbrechen, sondern vor allem durch eine weltweite Rezession. Auf der letzten Kölner Popkomm beklagten vor allem die kleinen so genannten Independent Labels das rein auf den Kommerz ausgerichtete Verhalten der so genannten Major Labels, die nur unflexibel auf die Wünsche der Konsumenten reagieren. Die wahre Angst der Großen der Branche gründet sich wohl eher darauf, dass im Netz jedermann als Musikproduzentin oder Musikproduzent und zugleich auch als Händler auftreten kann und dass auf diese Weise Fangemeinden innovativer Richtungen entstehen, auf die die Branchenriesen nicht schnell genug reagieren können. Dabei könnte das Internet durchaus als Chance begriffen werden, einen wirklichen Dialog zwischen Musikschaffenden, Produzenten und Fans herzustellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Abschließend noch eine sehr persönliche Bemerkung: Ich möchte mir persönlich angesichts des Altersdurchschnitts im Parlament nicht vorstellen, wie eine vom Deutschen Bundestag geförderte Popmusik aussehen würde.

(Heiterkeit bei der SPD – Jürgen Koppelin [FDP]: Grausame Vorstellung! – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist nicht sehr charmant von Ihnen!)

– Das ist doch die Wahrheit oder nicht? Die Wahrheit ist manchmal hart.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Jörg Tauss [SPD]: Von morgens bis abends „Satisfaction“! – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir können gerne eine Altersdurchschnittsberechnung auf der anderen Seite durchführen!)

– Ich glaube, das sähe für uns sehr gut aus. Unsere Möglichkeiten der politischen Einflussnahme im Bereich der Rock- und Popmusik sind zum Glück insgesamt eher gering und zum großen Teil beschränkt auf unsere Rollen als Konsumentinnen und Konsumenten, Konzertbesucher und gegebenenfalls auch aktive Musiker. All das hoffentlich ganz im Sinne der Buntheit und Vielfalt der Rock- und Popmusik. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Für die PDS-Fraktion spricht jetzt der Kollege Dr. Heinrich Fink.

Dr. Heinrich Fink (PDS): Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es sehr gut, dass wir uns heute am Tag der Verleihung des Grand Prix d'Eurovision aufgrund der Anfrage der CDU/CSU in diesem Hause mit der Situation und den Perspektiven der Rock- und Popmusik beschäftigen. Dadurch wurde die Bundesregierung genötigt, einen Überblick über die allgemeine Situation der Ausbildung und Nachwuchsförderung sowie über die rechtlichen Rahmenbedingungen zu geben. Im Vortext der großen Anfrage heißt es: Die Rock- und Popmusik bedarf – auch aufgrund der Entwicklung in der Branche – staatlicher Aufmerksamkeit sowie angemessener rechtlicher Rahmenbedingungen wie andere Bereiche der Kultur- und Musikförderung auch. Das ist richtig. Das ist richtig. Die gegenwärtige Praxis der Förderung sieht leider anders aus. Hier ist festzustellen, dass der populären Musik bislang kein den anderen Kultursparten vergleichbares Gewicht zukommt. Den kulturpolitischen Diskurs zur Rock- und Popmusik voranzutreiben ist angesichts des gewachsenen gesellschaftlichen Stellenwerts dieses Musikbereichs und seiner Präsenz im Alltag verschiedener sozialer Schichten und Generationen zwingend notwendig. Wir sehen in einer solchen intensiven Debatte auch den Weg zu einem sinnvollen Konzept für die Gestaltung der bundes- und landespolitischen Rahmenbedingungen. Wenn wir als PDS-Fraktion für öffentliches Engagement im Bereich der Rock- und Popmusik eintreten, dann haben wir dafür auch wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Motive. Rock- und Popmusik ist ein wesentlicher Standort- und Wirtschaftsfaktor und kann eine wichtige Rolle bei der Entwicklung strukturschwacher Regionen spielen, zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern. Entscheidend aber sind für uns ihre kulturelle Funktion und ihre Rolle im Alltag als Moment der Sinnbestimmung und Wertorientierung breiter Bevölkerungskreise. Das beschränkt sich nicht mehr nur auf den Alltag von Jugendlichen. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich bin dem Kollegen Koppelin sehr dankbar dafür, dass er darauf hingewiesen hat, welche Rolle die Rock- und Popmusik in der DDR gespielt hat.

(Beifall bei der PDS)

Wenn wir jetzt genug Zeit hätten, könnten wir noch weiter vertiefen, dass sie für meine Generation eine wesentliche politische Sozialisation im Alltag bedeutete. Sie war ein wesentlicher Ausdruck eines bestimmten menschlichen Empfindens, das natürlich auch oppositionelle Züge trug. Ohne ihre Rolle zu überhöhen, sehen wir gerade in der Rockmusik und in der Popkultur als relativ neuen, aus den Jugend- und Gegenkulturen der 60er-Jahre hervorgegangenen Phänomenen eine Art soziales Laboratorium, in dem neue Sinnggebung gefunden, neue Lebensformen erprobt oder erlebensorientierte und gegenwartsbezogene Wahrnehmungsformen erkundet werden können. Ihre in diesem Sinne emanzipatorischen Momente gilt es zu stärken und der Nutzung dieser populären Formen durch die rechte Szene entgegenzusteuern. „Rock gegen Rechts“ ist immer noch ein deutliches Zeichen, dem wir uns nicht entziehen dürfen.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen entwickeln sich rasch, und in der Rock- und

Popkultur sind eine enorme Beschleunigung von Trends und eine Vervielfältigung und Ausdifferenzierung von Szenen festzustellen. Die Anpassung der Förderstrukturen an diese veränderten Bedingungen erfolgt aber nur zögerlich. Um neue Wege zu finden, ist der Dialog mit den Interessenverbänden der Rock- und Popmusik auf Bundes- und Landesebene unverzichtbar. Die Bundesregierung will diesen Dialog führen. Das begrüßen wir. Daher müssen die Bedingungen für die Arbeit solcher Interessenverbände wie etwa der Bundesarbeitsgemeinschaft der Musikinitiativen B.A.Rock dringend verbessert werden. Auch muss eine kontinuierliche Arbeit ermöglicht werden.

Vizepräsidentin Petra Bläss: Herr Kollege Fink, Sie müssen jetzt bald zum Schluss kommen.

Dr. Heinrich Fink (PDS): Abschließend möchte ich auf die Bedeutung der wissenschaftlichen Begleitung dieser Prozesse hinweisen. Dass es hierbei Differenzen gibt und weiterer Forschungsbedarf besteht, ist für mich ein wichtiger Hinweis. Ein Forschungszentrum für populäre Musik als weltweit erste Institution dieser Art ist 1983 in der DDR gegründet worden, nämlich an der Humboldt- Universität. Ich bin sehr froh, dass es inzwischen auch einen ordentlichen Professor für dieses Fach gibt. Wir sollten diese Potenziale nutzen und uns darum bemühen, diese Prozesse auch auf wissenschaftlichem Weg zu begleiten.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Der letzte Redner in dieser Debatte ist der Kollege Michael Roth von der SPD-Fraktion.

Michael Roth (Heringen) (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind ja heute richtig hymnisch geworden. Dazu fällt mir Rio Reiser ein, der einst sang: Das alles und noch viel mehr würd' ich machen, wenn ich König von Deutschland wär. – Mit Verlaub, Herr Staatsminister: Es gäbe dann wohl keinen Kulturminister, sondern einen Rock'n' Roll-Minister, und die heutige Thematik wäre Chefsache.

(Heiterkeit bei der SPD)

Den König gibt es glücklicherweise nicht, den Minister schon, aber ausgemachte Experten für Rock und Pop sind in unseren Reihen eher rar. Wir sind – da sollten wir die Kirche im Dorf lassen – eher Konsumenten und als Politiker eher Zielscheibe – das ist auch gut so – denn Verbündete der Rockkultur.

(Beifall bei der SPD)

Rock und Pop haben ihre Wurzeln im Protest.

(Zustimmung bei der PDS)

Ihre Kultur entstand als ein Gegenentwurf gegen alles Arrivierte, gegen unsere schicken Anzüge und vor allen Dingen gegen das Etablierte. Ich denke, das betrifft alle

Abgeordneten, egal welcher Partei sie angehören, vielleicht mit Ausnahme von Angela Marquardt von der PDS. Diese Musik sprach eine Sprache, die offensichtlich geeignet war, soziale Schranken zu sprengen und Generationen zu überbrücken. Die Rock- und Popmusik ermöglichte die Demokratisierung der Musik. Das habe nicht ich gesagt. Das stammt von Eric Hobsbawn. Es ist trotzdem richtig. Daher kann hier auch nicht ernsthaft zur Debatte stehen, dass dieses Themenfeld vor der Sozialdemokratie gerettet werden müsste.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Doch!)

Die Rock- und Popkultur sucht auch nicht Schutz, schon gar nicht in den Armen der CDU/CSU.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der PDS)

Ich kann mir vorstellen, dass Sie sich, Herr Kampeter, gerne in der Rolle des Retters sehen würden. Aber dann müssten Sie schon etwas mehr bieten.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Blödsinn!)

Dass das persönliche Interesse an der Rock- und Popmusik in den vergangenen Jahrzehnten auch im Deutschen Bundestag zugenommen hat, darf durchaus als ein positives Zeichen gewertet werden. Dass wir heute nicht über antiquierte Vorstellungen von „langhaarigen Rockern“ und anderen „Revoluzzern“ diskutieren müssen, zeigt, dass die Rock- und Popmusik inzwischen sogar in der CDU akzeptiert wird; ja selbst die CSU verschließt sich nicht mehr gänzlich den Klängen einer „gepflegten Beatmusik“.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Diskutiert werden muss aber über die Rolle, die der Staat gegenüber der Rock- und Popkultur spielen kann und sollte. Die Rockmusik ist ein Medium, um mit mehr oder weniger Lautstärke und vor allem mit entsprechenden Liedtexten rebellieren zu können: gegen die Eltern, gegen die Schule, gegen die Gesellschaft und nicht zuletzt auch und gerade gegen die Politik. Es bedarf keiner Konventionen, keiner besonderen Ausbildung, keiner Diplome und schon gar keiner offiziellen gesellschaftlichen Anerkennung, um Rockmusik zu produzieren. Wir brauchen vor allen Dingen keine Normen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Klaus Meine sieht das anders!)

Ich fände es fürchterlich, wenn wir darüber im Bundestag diskutierten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Dennoch darf nicht vergessen werden, dass die Rock- und Popmusik ein enormer Wirtschaftsfaktor, der am stärksten kommerzialisierte Bereich des Kulturwesens ist.

Lange bevor Fördermechanismen anderswo die Kreativen unterstützen, hat die Musikindustrie Bands abgegriffen, multipliziert und verkauft. Dass darin auch Gefahren liegen – auf diese hat Grietje Bettin gerade hingewiesen –, darf nicht unbeachtet bleiben. Die Diskussion über die MP-3-Technologie ist hinlänglich bekannt. Die Vervielfältigung von Musik ist kaum kontrollierbar. Diese Technologie wird aber auch von freien Musikern zur Selbstvermarktung genutzt. Letztlich entschieden die Konsumenten und die Musikindustrie, die ja teilweise schon dazu übergegangen ist – hier wird es pervers –, die Talente nicht erst zu entdecken, sondern sie von vornherein und zielgruppengerecht zu produzieren. Erst gibt es die Songs und dann die Gesichter. Die Produzenten bleiben im Hintergrund. Hier wirkt das freie Spiel der Kräfte des Marktes bisweilen absurd.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der PDS)

Das spiegelt sich beim Publikum durchaus wider. Die Kosten einer hochsubventionierten Theater- oder Konzertkarte sorgen eher für Verdruss, während 50 Euro oder mehr für die Karte eines Rockevents zumeist locker sitzen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Dafür kommen Sie ja auch kaum in die Oper!)

Jeder Versuch, die im Ursprung kreativ-anarchischen Elemente der Rock- und Popkultur – seien sie revolutionär oder kommerziell – in staatsnahe, wenngleich fördernde Strukturen einzubinden, kann nur mit Loriots Jodeldiplom belohnt werden.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der PDS)

Die Rock- und Popmusik kennt keine Grenzen. Warum sollte man mit der Diskussion über Quotenregelungen irgendwelche Grenzen ziehen, Herr Staatsminister? Gerade die neuere Popmusik wie Hip-Hop, Techno oder Rap – diese Musikrichtungen sind in entscheidendem Maße von der Bundesrepublik Deutschland ausgegangen – ist längst nicht mehr nach muttersprachlichen Kriterien einzuordnen. So schwach, wie es gelegentlich dargestellt wird, ist die deutschsprachige Rock- und Popmusik gar nicht. Dort, wo wir als Politiker gefragt sind, hat diese Koalitionsregierung durchaus für vorbildliche Regelungen gesorgt. Dort, wo es um sinnvolle Rahmenbedingungen geht, haben wir für die Kulturschaffenden und somit auch für die Rock- und Popszene erhebliche Verbesserungen – die Kollegin Grietje Bettin hat sie schon vorhin genannt – durchgesetzt:

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Jetzt bin ich aber gespannt!)

Künstlersozialkasse, Urhebervertragsrecht, Besteuerung ausländischer Künstlerinnen und Künstler. Das spricht auch die Rock- und Popszene an.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Weitere Verbesserungsmöglichkeiten – darauf möchte ich zum Schluss noch hinweisen – müssen natürlich auf Länderebene und kommunaler Ebene ausgelotet werden – ich

bin mir sicher, dass einige Kollegen damit schon Erfahrungen auf kommunaler Ebene gemacht haben –: Unterstützung von Konzertorganisationen und Festivals; Hilfe bei der Bereitstellung von Übungsräumen; womöglich Investitionszuschüsse beim Instrumentenkauf oder Finanzhilfen für Studioproduktionen. Natürlich könnte auch im schulischen Musikunterricht noch eine Menge getan werden, wenn diesem Unterrichtsfach endlich flächendeckend ein adäquater Stellenwert eingeräumt würde. Darüber redet überhaupt niemand.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der PDS – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Doch, ich in meiner Rede! Aber mir hört ja keiner zu!)

Rockmusiker zu sein ist zumeist mehr als ein Beruf; es ist ein Lebensgefühl.

Vizepräsidentin Petra Bläss: Herr Kollege Roth, Präsidentin zu sein ist ebenfalls ein harter Job.

(Heiterkeit)

Denn man muss selbst in einer solchen Debatte den Redner an die Redezeit erinnern.

Michael Roth (Heringen) (SPD): Ich weiß! Ich habe vorhin schon meine Parlamentarische Geschäftsführerin gefragt, wie lange ich überziehen darf. Denn bislang habe ich noch nie überzogen. Es ist wirklich mein letzter Satz. Rockmusiker zu sein ist zumeist mehr als ein Beruf; es ist ein Lebensgefühl, in das ausgerechnet wir in diesem Haus uns wohl wahrlich nicht hineinversetzen können. Zumindest habe ich noch nicht gehört, dass jemals ein Abgeordneter zum Rockmusiker avancierte. Wenn das so wäre, dann, meine Damen und Herren, hätte die Kulturrevolution wahrlich ihre Kinder gefressen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der PDS)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Auch wenn wir in dieser temperamentvollen Debatte noch nicht zu Rockmusikerinnen und -musikern mutiert sind, muss ich leider die Aussprache schließen. Wir haben auch keine Abstimmungen durchzuführen, da dies eine vereinbarte Debatte zu der Großen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion war.